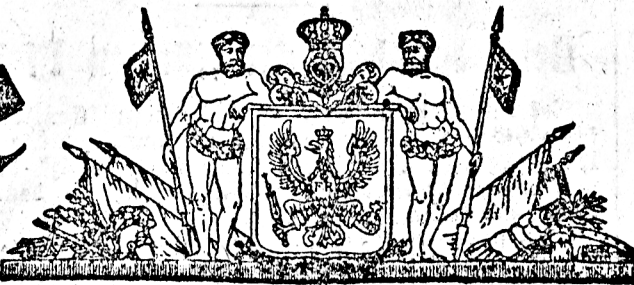


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage. Allgemeine Verlosungs-Tabelle. Wochenkuzettel der Berliner Börse.

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 33 1/2%, Tonerungszuschlag. Familienanzeigen 1,35 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-23, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

## Trennung Tirols von Oesterreich.

### Die Anschlussbestrebungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 10. Dezember.

Die morgige Sitzung des Tiroler Landtags wird von historischer Bedeutung sein. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die Ernährungsfrage, die durch die jüngsten Hungerkrawalle in der Landeshauptstadt Innsbruck eine fürchterliche aktuelle Bedeutung erhalten hat. In dieser Sitzung werden die beiden bürgerlichen Fraktionen des Landtags, die Christlich-Sozialen und die Deutsch-Freiwirtschaftlichen, die zusammen die Zweidrittel-Majorität besitzen, Anträge auf die anzuhaltende Lösung Tirols von Oesterreich, seine Selbstständigkeitserklärung und den künftigen Anschluss an Deutschland einbringen.

Der Beschluss zu diesen Anträgen wurde von den beiden bürgerlichen Parteien schon am Sonntag gefasst. Er wurde aber bisher geheimgehalten, weil man durch Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion zu einem einheitlichen Antrag gelangen will. Die Sozialdemokraten haben bisher der Wiener Zentralkommission ihrer Partei Treue gehalten, und ihr Führer Abram wird seinen Freund, den Staatskanzler Dr. Renner, auch heute noch nicht völlig im Stich lassen und einen eigenen Antrag in der Ernährungsdebatte einbringen, der aber auch der Tiroler Volksstimmung Rechnung trägt und den Anschluss an Deutschland fordert.

Dieser von den drei Parteien einzubringende Antrag geht, wie einer Wiener Korrespondenz berichtet wird, dahin, an die Entente zunächst die Anfrage zu richten, ob sie imstande ist, die Erhaltung Tirols und dessen Versorgung mit den notwendigen Lebensmitteln und Rohstoffen zu übernehmen und in Zukunft zu gewährleisten; andernfalls werde das Land Tirol seine wirtschaftliche Existenz durch den Anschluss an das Deutsche Reich suchen. Die „Innsbrucker Nachrichten“ bemerken zu diesem Antrag: „Die Entente weiß, daß der österreichische Staat lebensunfähig ist. Die Vertreter des Landes können angesichts der herrschenden Zustände die Verantwortung nicht länger tragen, und die Anfrage des Landes an die Entente stellt daher eine Art Ultimatum dar, das wohl in Paris auch so gewertet werden wird.“ Die Anfrage soll durch die Wiener Regierung an den Obersten Rat geleitet werden.

Heute befindet sich Dr. Renner wieder in Paris. Und wie er im September mit dem Vertrag von St. Germain das Anschlussverbot für Deutsch-Oesterreich nach Hause brachte, so hoffen Entente-Freunde bei uns wieder, daß er diesmal neue Verbote gegen den Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz und Tirols an Deutschland mitbringt. Aber gegen die elementare Bewegung werden Verbote nichts mehr helfen, und zwischen der Entwicklung in Vorarlberg und der Tiroler Hauptstadt Innsbruck besteht ein enger Zusammenhang. Der Tiroler Landeshauptmann Schrafl wird von seinem Vorarlberger Kollegen Enders sehr genau über die Stimmungen, die in seinem Land wie in der Schweiz herrschen, unterrichtet. Entgegen der Auffassung unserer Entente-Freunde muß betont werden, daß die Schweizer über die Stimmung des Obersten Rats wohl auch ihre Auffassung haben werden, und daß sie danach ihr Verhalten gegenüber dem Anschluss Vorarlbergs gerichtet haben.

Die deutsche Regierung wird über diese von dem „Temps“ angeführten, der deutschen Öffentlichkeit vorenthaltenen Tatsachen, Rechenschaft ablegen müssen.

## Frankreichs Interesse an Deutschland.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Genf, 10. Dezember.

Der „Temps“ beschäftigt sich in seinem Leitartikel abermals mit einer Auslassung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die den Haß im deutschen Volke auf Frankreich lenke und in welcher der „Temps“ einen neuen deutschen Versuch erblickt, England gegen Frankreich auszuspielen.

„So spekuliert man also,“ sagt der „Temps“, „noch immer in der Umgebung deutscher Minister auf angebliche Unstimmigkeiten zwischen Frankreich und England. Wie kann die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aber in einem so ersten Augenblick so grobe Unwahrheiten verbreiten? Warum beschuldigt sie Frankreich, wo doch ein Communiqué der deutschen Regierung vom 15. November die absolute Korrektheit der französischen Politik anerkannt hatte?“

Dann zitiert der „Temps“ aus diesem Communiqué Stellen und fragt weiter: Wenn man das im vergangenen Monat gedruckt hat, wie kann man jetzt die Stirn haben, so gehässige Verleumdungen gegen die französische Regierung abzuwenden? Wie kommt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ auf die seltsame Idee zu behaupten, daß England sehr wenig an dem deutschen Spähenmaterial liegt? Weiß sie denn nicht, daß, wenn dieses Material an die Alliierten abgeliefert wird, mehr als Zweidrittel den Engländern abgetreten werden mußte? Wir wollen nicht untersuchen, woher das offizielle Blatt seine Anregung geschöpft hat.

Zwei Bemerkungen drängen sich als Moral dieser Geschichte auf: Die eine betrifft die deutsche Regierung; sie sollte begreifen, daß sie nichts zu gewinnen hat bei dem Versuch, die Alliierten zu trennen, nichts dabei, ihr Volk gegen Frankreich aufzuheizen, das stark und friedlich ist, und das von allen siegreichen Nationen aufs unmittelbarste interessiert ist an der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung seiner deutschen Schuldner.

Und darum, so schließt der „Temps“ seine bedeutsamen Ausführungen, müssen wir uns freimütig an unsere friedlichen Bundesgenossen wenden. Was gegenwärtig in Deutschland vorgeht, gibt ihnen einen Vorgeschmack von dem, was kommen würde, wenn die englische Politik zu ihrer nur zu gut bekannten Exzitation zurückkehren sollte, sich an niemand dauernd zu binden und systematisch das eine Volk gegen das andere auszuspielen. Die Menschheit will den Frieden, und die Zukunft gehört nicht den egoistischen Berechnungen, sie gehört den Vätern, den Vätern, die daran arbeiten, der Menschheit zum Siege zu verhelfen, als die Grundbedingung künftiger Beruhigung.

Die deutsche Regierung wird über diese von dem „Temps“ angeführten, der deutschen Öffentlichkeit vorenthaltenen Tatsachen, Rechenschaft ablegen müssen.

## Die dänischen Herausforderungen.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

\* Rendsburg, 10. Dezember.

Zu dem Zwischenfall in der vom dänischen Wählerverein in Schleswig bei Flensburg veranstalteten Versammlung, der hervorgerufen wurde durch große Beleidigungen des deutschen Empfindens, erlaube ich, daß der begründete Anlaß zu der Vermutung besteht, daß solche Zwischenfälle von dänisch-chauvinistischer Seite provoziert werden und dann von neuem bei der Entente die Forderung zu erheben, auf die sofortige Befehung der zwei Abstimmungszone einschließlich der Schleswig einbezogenen ehemaligen 3. Zone, die aus dem Versailler Vertrag ganz ausgeschaltet ist. Darauf läßt auch die Bemerkung des Dänenführers Cornelius Petersen in der Versammlung schließen: „Wenn man nicht ruhig sei, werde er dafür sorgen, daß die Entente möglichst bald Nord-Schleswig besetzen würde.“

In dem Flensburger Dänenblatt „Flensborg Avis“ hat der dänische Mittelschleswiger Ausschuss auf Grund der Vorfälle in dem Dorfe Schafflund bei Flensburg an die internationale Kommission in Kopenhagen das Ersuchen gerichtet, die sofortige Befehung Nord-Schleswigs durch Entente-Truppen zu veranlassen. Aus diesem prompt erfolgten Schrei nach Befehung geht mit unzweideutiger Klarheit die vorher gefasste Absicht der Herausforderung von Konflikten hervor. Der Staatskommissar für Schleswig-Holstein Dr. Köster hat daher einen Aufruf an die Bevölkerung des Abstimmungsgebietes erlassen, der wie folgt lautet:

„In den letzten Wochen hat der Kampf um die Abstimmung Formen angenommen, die den guten Namen der Nord-Schleswiger Bevölkerung in Gefahr bringen. Rache Beschimpfungen national Andersdenkender und ihrer heiligsten Güter sind eines Kulturvolkes ebenso unwürdig wie körperliche Gewalttätigkeiten. Der Kampf um die Zukunft Nord-Schleswigs soll ein geistiger Kampf sein. Vergessen wir in diesem Kampfe niemals, daß wir auch nach der Abstimmung nebeneinander zu leben gezwungen sind. Ich fordere die große Masse der ruhig denkenden Nord-Schleswiger noch im letzten Augenblick auf, gegen die überhandnehmende chauvinistische Verfeinerung unserer Heimatfront zu machen. Es herrscht absolute Meinungsfreiheit. Alle Behörden und Sicherheitsorgane des Abstimmungsgebietes sind angewiesen, sich jedes Eingriffs in politische Auseinandersetzungen zu enthalten. Gegen Ruhestörungen und Gewalttätigkeiten wird rücksichtslos vorgegangen werden.“

## Nord-Schleswig und das deutsch-dänische Verhältnis.

Von

Ernst Schröder-Haberstein.

Eine aus Vertretern der Entente und neutraler Staaten gebildete internationale Kommission hat die Entscheidung über das Schicksal des deutsch-dänischen Verhältnisses in Händen; eine große Verantwortung. Sie kann ihre Aufgabe, will sie vor dem Urteil der Welt und der Geschichte bestehen, nur durch strengste Objektivität lösen. Und eine zufriedenstellende Regelung kann trotz der Kommission nur dann geschaffen werden, wenn sowohl auf deutscher wie auf dänischer Seite ein ehrlicher Wille zum gerechten Ausgleich vorhanden ist. Dieser Wille ist deutscherseits vorhanden; und auch die jetzige radikale Regierung in Kopenhagen bemüht sich, einen geraden Weg durch die Schleswig-Paragrafen des Friedensvertrages zu gehen. Hier stoßen wir auf ein Hindernis; den Friedensvertrag, dessen Schleswig betreffende Bestimmungen Härten, ausgeprägte Ungerechtigkeiten, Parteilichkeiten enthalten, die zum Protest um so mehr herausfordern, als die nord-schleswigsche Frage — wenn sie auch durch den Ausgang des Krieges zum Verhandlungsgegenstand gemacht worden ist — mit dem Kriegsende direkt nichts zu tun hat; man hätte in diesem Fall deutsche Vertreter unter allen Umständen an den Verhandlungen bitten müssen. Wenn die deutsche Regierung jetzt die Ausführung der Paragraphen beauftragt und auch durchführen wird, so tut sie dies gezwungen und notgedrungen, nicht freiwillig, denn sie hat keine Möglichkeit gehabt, irgend wie auf die offensibare Ungerechtigkeiten enthaltenden Bestimmungen einzuwirken. Die dänische Sozialdemokratie hat kürzlich auch erklärt, daß die praktische Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes in Nord-Schleswig mit der gerechten Idee nicht übereinstimmt!

Wenn daher das deutsch-dänische Verhältnis in Zukunft tatsächlich ungetrübt erscheinen sollte, so kann es dies vom dänischen Standpunkt aus sein. Dänemark wird zufrieden gestellt. Nicht alle Kreise Dänemarks werden sich freilich zufriedengeben. Der wachsende Anhang der nord-schleswigschen Chauvinisten deutet schon jetzt darauf hin, daß man die Forderung auf Erfüllung der historischen Wünsche (die wohl erst bei der Schlei oder bei der Eider Halt machen) nicht aufgeben will. Diese Gruppe, die offen und verschleiert für die Annexion der beiden Zonen in Nord-Schleswig arbeitet, stellt sich also außerhalb des Friedensvertrages auf den gewaltpolitischen Standpunkt. Es scheint einer wirklich endgültigen Regelung des Nationalitätenstreites eine starke Hemmung im Wege zu stehen. Das ist der Erfolg, den die chauvinistische Wühlarbeit in Nord-Schleswig gehabt hat. Auch in Dänemark ist man in den gleichgesinnten Kreisen eifrig am Werke, Stimmung für einen gewaltpolitischen Kurs zu machen, um so auf die Arbeit der internationalen Kommission einzuwirken. Gleichzeitig benutzt man diese Agitation, um die Fundamente des radikalen Ministeriums Fahlens ins Wanken zu bringen. Glücklicherweise hat die Regierung bisher einen entscheidenden Kühnheitsschritt gehalten, sie läßt sich, ebensowenig wie der Nord-Schleswig-Minister S. P. Hansen, von den Grundlagen des Friedensvertrages nicht abbringen. Die fast reindeutsche Stadt Flensburg ist das gegenwärtige Ziel der Chauvinisten.

Während also die dänische Regierung streng an dem Selbstbestimmungsrecht festhält, und dabei die Verantwortung für die Zukunft im Auge hat, treiben die Nationalisten ein durchaus kurzfristige Gegenwartsinteresse. Sie bedenken nicht, daß es sich auch darum handelt, Deutschland die Möglichkeit der Anerkennung einer auf der Grundlage aufgezwungener Paragrafen erfolgten Lösung zu geben. Wenn beispielsweise Flensburg, was freilich durchaus nicht zu erwarten ist, dänisch werden würde, versteht es sich von selbst, daß ein dauernder deutscher Proteststandpunkt die natürliche Folge wäre; gleichfalls müßte sich Dänemark eine deutliche Kredita von ungeahnter Schärfe gefallen lassen. Mit anderen Worten: der Antipfel Nord-Schleswig wäre ein Streitobjekt, das an Umfang zunähme. Man kann leicht ausrechnen, was das für die Zukunft bedeutet.

Die dänischen Chauvinisten hüben und drüben arbeiten, durch den Erfolg des Unwachsens ihrer Anhänger geblendet, weiter mit Vollbampf. Alles, was für Deutschland spricht, wird verhöhrt und verspottet. Vom strategisch-militärischen Standpunkt aus werden neuerdings dänischerseits „schwere Bedenken“ gegen die Anwendung des Nationalitätenprinzips geäußert. Die Flensburger Forderung soll aus „militärischen Gründen“ dänisch werden. Die Klausel des Friedensvertrages, in der von geographischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die bei der neuen Grenzführung Berücksichtigung finden sollen, geredet wird, legt man natürlich im dänischen Sinne und höchst einseitig aus, ebenfalls in der unmißverständlichen Absicht, die Stadt Flensburg einzunehmen. Da die Abstimmungskommission international ist, versteht es sich von selbst, daß sie verpflichtet ist, nicht einseitig den dänischen Interessen zu dienen, sondern ihr Amt